

Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögenswerte (BGNV)

Entwurf der Expertenkommission vom Juni 2004

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 95 Absatz 1, 98 und 122 der Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...
beschliesst:*

1. Abschnitt: Geltungsbereich und Grundsätze

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz gilt für folgende Finanzintermediäre

- a. die Banken nach dem Bundesgesetz vom 8. November 1934² über die Banken und Sparkassen;
- b. die Effektenhändler nach dem Bundesgesetz vom 24. März 1995³ über die Börsen und den Effektenhandel;
- c. die Fondsleitungen nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994⁴ über die Anlagefonds, soweit sie selbst Vermögen verwalten;
- d. die Versicherungseinrichtungen nach dem Bundesgesetz vom 23. Juni 1978⁵ betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen, welche die direkte Lebensversicherung betreiben, jedoch nur in Bezug auf kapitalbildende Lebensversicherungsverträge;
- e. die Finanzdienstleistungen der Schweizerischen Post als selbstständige öffentlichrechtliche Einrichtung nach dem Bundesgesetz vom 30. April 1997⁶ über die Organisation der Postunternehmung des Bundes;
- f. die unabhängigen Vermögensverwalter, die als Finanzintermediäre nach dem Bundesgesetz vom 10. Oktober 1997⁷ zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor im Rahmen einer Vollmacht Vermögenswerte ihrer Kunden verwalten, soweit diese Vermögenswerte im Namen des Kunden bei einem anderen Finanzintermediär (Depositär) hinterlegt sind.

SR

- 1 SR **101**
- 2 SR **952.0**
- 3 SR **954.1**
- 4 SR **951.31**
- 5 SR **961.01**
- 6 SR **783.1**
- 7 SR **955.0**

² Vom Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgenommen sind Leistungsansprüche und Guthaben, die dem Bundesgesetz vom 25. Juni 1982⁸ über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge oder dem Freizügigkeitsgesetz vom 17. Dezember 1993⁹ unterstehen.

³ Für die unabhängigen Vermögensverwalter gelten der dritte, fünfte und achte Abschnitt dieses Gesetzes nicht. Im Übrigen sind sie diesem Gesetz unterstellt, soweit der sechste Abschnitt keine besonderen Vorschriften enthält.

⁴ Der siebte Abschnitt dieses Gesetzes gilt für alle von Absatz 1 nicht erfassten natürlichen und juristischen Personen, die in der Schweiz niedergelassen sind, soweit ihnen Vermögenswerte Dritter anvertraut wurden.

Art. 2 Nachrichtenloser Vermögenswert

Ein Vermögenswert gilt als nachrichtenlos, wenn der Kontakt zum Kunden abgebrochen ist (Art. 6 und 7) und die vom Gesetz verlangten Nachforschungen des Finanzintermediärs (Art. 8 und 9) innert längstens zwei Jahren nach dem Kontaktabbruch erfolglos geblieben sind.

Art. 3 Weitere Begriffe

In diesem Gesetz gelten als:

- a. Kunden: natürliche oder juristische Personen, die mit einem Finanzintermediär vertraglich vereinbart haben, dass dieser zu ihren Gunsten oder zu Gunsten einer Drittperson Vermögenswerte verwaltet oder aufbewahrt;
- b. begünstigte Personen: andere identifizierte oder identifizierbare Personen, denen der Vertrag oder ein späteres Rechtsgeschäft Anspruch auf die Vermögenswerte einräumt;
- c. Vertreter: Personen, die von Gesetzes wegen oder gestützt auf eine Vollmacht, von welcher der Finanzintermediär Kenntnis hat, zur Entgegennahme oder Abgabe einer Willenserklärung ermächtigt sind;
- d. Rechtsinhaber: Personen, die als Kunden, als Begünstigte oder als Allein- oder Universalrechtsnachfolger eines Kunden oder einer begünstigten Person Anspruch auf die Vermögenswerte haben;
- e. Depositäre: Finanzintermediäre, bei denen ein Kunde Vermögenswerte hinterlegt hat, die auf Grund einer Vollmacht von einem unabhängigen Vermögensverwalter verwaltet werden (Art. 1 Abs. 1 Bst. f).

⁸ SR 831.40

⁹ SR 831.42

Art. 4 Räumlicher Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz gilt für Vermögenswerte, die Gegenstand eines Vertrages zwischen einem Kunden und der schweizerischen Niederlassung eines Finanzintermediärs im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a – e bilden.

² Absatz 1 gilt unabhängig vom Aufbewahrungsort der Vermögenswerte und von dem nach den Regeln des internationalen Privatrechts anwendbaren Recht.

2. Abschnitt: Erhalt, Abbruch und Wiederaufnahme des Kontakts mit dem Kunden

Art. 5 Präventive Massnahmen

¹ Die Finanzintermediäre ergreifen bezüglich ihrer Organisation und Arbeitsabläufe alle zumutbaren Massnahmen, um:

- a. den Abbruch von Kundenkontakten zu vermeiden;
- b. die Aufbewahrung der erforderlichen Unterlagen zu gewährleisten;
- c. den Nachweis der Erfüllung der gesetzlichen Pflichten sicherzustellen.

² Die Verträge und Vollmachten in ihrer aktuell geltenden Fassung sowie die Unterlagen zur Identifizierung des Kunden und der begünstigten Person müssen bis zur Übergabe der entsprechenden Vermögenswerte an den Rechtsinhaber oder bis zu ihrer Ablieferung an den Bund aufbewahrt werden.

³ Alle Unterlagen nach Absatz 2 können schriftlich, elektronisch oder in vergleichbarer Weise geführt und aufbewahrt werden, soweit dadurch die Übereinstimmung mit den zu Grunde liegenden Geschäftsvorfällen gewährleistet ist und die Unterlagen jederzeit lesbar gemacht werden können. Sie haben in diesem Fall die gleiche Beweiskraft wie Unterlagen, die ohne Hilfsmittel lesbar sind.

Art. 6 Kontaktabbruch

¹ Der Kontakt zwischen dem Finanzintermediär und dem Kunden gilt als abgebrochen, wenn:

- a. eine an den Kunden oder seinen Vertreter gerichtete Mitteilung, die einen Vermögenswert des Kunden betrifft, an den Absender zurückkehrt; oder
- b. der Finanzintermediär seit fünf Jahren keine Nachricht von seinem Kunden erhalten hat.

² Als Nachricht gilt jede mündliche, schriftliche oder elektronische Mitteilung, die erkennbar vom Kunden oder dessen Vertreter stammt und entweder in den Dossiers des Finanzintermediärs mit Hinweis auf den Anlass des Kontaktes dokumentiert ist oder Gegenstand eines vom Kunden oder dessen Vertreter unterzeichneten Belegs bildet.

Art. 7 Kontaktabbruch im Versicherungsverhältnis

¹ Während der Dauer des Vertrages hält die Versicherungseinrichtung den Kontakt zum Kunden aufrecht, soweit dies zur Vertragserfüllung erforderlich ist.

² Erweist sich eine an den Kunden gerichtete Mitteilung als unzustellbar, so ergreift die Versicherungseinrichtung geeignete Massnahmen, um den Kontakt wieder herzustellen.

³ Kann der Versicherer, wenn er vom Eintreten des versicherten Ereignisses erfährt oder nach Ablauf des Versicherungsvertrages, den Rechtsinhaber nicht ermitteln, so leitet er Nachforschungen nach Artikel 8 ein.

Art. 8 Nachforschungen des Finanzintermediärs

¹ Bei Kontaktabbruch versucht der Finanzintermediär, mit im Verhältnis zum Vermögenswert angemessenen Nachforschungen den Kontakt wieder herzustellen. Er berücksichtigt dabei die mutmasslichen Interessen des Rechtsinhabers.

² Kosten für Nachforschungen nach Absatz 1 dürfen von den Vermögenswerten abgezogen werden.

Art. 9 Verzicht auf Nachforschungen

¹ Ausser im Versicherungsverhältnis kann der Finanzintermediär im Falle des Kontaktabbruchs nach Artikel 8 von Nachforschungen befreit werden, indem der Kunde eine besondere Instruktion erteilt.

² Der Finanzintermediär muss den Kunden über die Folgen eines solchen Verzichts nach diesem Gesetz informieren.

³ Der Verzicht kann für eine Dauer von 10 Jahren erklärt werden.

Art. 10 Pflichten des Finanzintermediärs bei erfolglosen Nachforschungen

¹ Sind keine Nachforschungen erforderlich oder sind diese erfolglos geblieben, spätestens aber zwei Jahre nach dem Kontaktabbruch, trifft der Finanzintermediär folgende Massnahmen:

- a. er markiert die betroffenen Vermögenswerte als nachrichtenlos;
- b. er registriert das Datum, ab dem der Kontakt als abgebrochen gilt, die Art des Kontaktabbruchs und die angestellten Nachforschungen;
- c. er schützt die nachrichtenlosen Vermögenswerte durch geeignete Massnahmen gegen unrechtmässigen Zugriff;
- d. er meldet der Nachrichtenstelle, der er angeschlossen ist, diejenigen Vermögenswerte, deren Wert 100 Franken übersteigt oder nicht geschätzt werden kann;
- e. er stellt die dauerhafte und zentralisierte Aufbewahrung folgender Unterlagen sicher:
 1. der Verträge und Vollmachten in ihrer aktuell geltenden Fassung,

2. der Dokumente zur Identifikation des Kunden und der begünstigten Person,
3. der Vermögensaufstellungen und Vermögensauszüge, beziehungsweise der Belege für die Überweisung auf ein Sammelkonto.

² Im Rahmen der Selbstregulierung kann die Meldung der nachrichtenlosen Vermögenswerte an die Nachrichtenstelle unabhängig von ihrer Höhe vorgesehen werden.

Art. 11 Meldungen an die Nachrichtenstelle

¹ Die Meldung der nachrichtenlosen Vermögenswerte an die Nachrichtenstelle enthält mindestens Angaben:

- a. zur Identität des oder der Kunden sowie der begünstigten Personen und Vertreter, die dem Finanzintermediär bekannt sind;
- b. zur Art der Vermögenswerte;
- c. zum Datum des Kontaktabbruchs.

² Der Finanzintermediär informiert die Nachrichtenstelle, sofern der Kontakt mit den Rechtsinhabern wieder hergestellt ist.

Art. 12 Verwaltung nachrichtenloser Vermögenswerte

¹ Nachrichtenlose Vermögenswerte werden im mutmasslichen Interesse der Rechtsinhaber verwaltet. Die einschlägigen Verwaltungsgrundsätze werden im Rahmen der Selbstregulierung festgelegt.

² Die Versicherungseinrichtung hat nachrichtenlose Vermögenswerte zu dem jeweils für Neugeschäfte garantierten Zinssatz zu verzinsen.

Art. 13 Verjährung

¹ Die der Nachrichtenstelle gemeldeten nachrichtenlosen Vermögenswerte unterstehen nicht mehr den allgemeinen Verjährungsvorschriften. Die Ansprüche auf diese Vermögenswerte verirken nach Massgabe von Artikel 19 Absatz 3.

² Das Gleiche gilt für Ansprüche aus nachrichtenlosen Vermögenswerten, die der Nachrichtenstelle nicht gemeldet werden müssen, sobald sie der Finanzintermediär nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a als nachrichtenlos markiert hat.

³ Die Verjährung beginnt von neuem, wenn der Kontakt mit einem Rechtsinhaber wieder hergestellt ist.

3. Abschnitt: Nachforschungen der Rechtsinhaber

Art. 14 Nachrichtenstellen

¹ Die Finanzintermediäre jeder Kategorie nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a – e errichten im Rahmen der Selbstregulierung eine Nachrichtenstelle mit eigener

Rechtspersönlichkeit, der sie die gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen erstatten. Sie können auch eine bestehende Nachrichtenstelle als zuständig bezeichnen, wenn diese zustimmt.

² Wer diesem Gesetz unterstellt ist, muss der zuständigen Nachrichtenstelle angeschlossen sein. Die Nachrichtenstelle muss alle Finanzintermediäre aufnehmen, für die sie zuständig ist.

³ Die Personen, welche die Aufgaben der Nachrichtenstelle wahrnehmen, sind befugt, Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigen, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen.

⁴ Die Nachrichtenstellen arbeiten zusammen mit dem Ziel, den Rechtsinhabern die Suche nach nachrichtenlosen Vermögenswerten zu erleichtern.

Art. 15 Recht auf Auskunft

Wer sich als Rechtsinhaber legitimiert, kann bei der Nachrichtenstelle Auskunft darüber verlangen, ob Vermögenswerte gemeldet wurden, auf die er Anspruch erhebt.

Art. 16 Verfahren

¹ Die Nachrichtenstelle prüft die Legitimation des Gesuchstellers aufgrund der Unterlagen, die dem Gesuch beigelegt sind. Sie kann ihn ersuchen, weitere Unterlagen beizubringen.

² Stellt die Nachrichtenstelle eine oder mehrere Übereinstimmungen zwischen dem Gesuch und den ihr gemeldeten Vermögenswerten fest, so konsultiert sie die betreffenden Finanzintermediäre.

³ Stimmt die Identität des Gesuchstellers oder der Person, von der er seinen Anspruch ableitet, mit derjenigen überein, die aus den Unterlagen des Finanzintermediärs hervorgeht, so nennt die Nachrichtenstelle dem Gesuchsteller den Finanzintermediär, bei dem er seinen Anspruch geltend machen kann.

⁴ Der Entscheid der Nachrichtenstelle greift der richterlichen Beurteilung der Anspruchsberechtigung nicht vor.

⁵ Die Nachrichtenstelle kann für die Bearbeitung des Gesuchs Kostenersatz verlangen.

4. Abschnitt: Beendigung der Geschäftstätigkeit eines Finanzintermediärs

Art. 17 Beendigung der Geschäftstätigkeit eines Finanzintermediärs

¹ Wird der Finanzintermediär liquidiert oder die unterstellte Geschäftstätigkeit aus irgend einem anderen Grund beendet, so muss er:

- a. einem anderen, der gleichen Nachrichtenstelle angeschlossenen Finanzintermediär die nachrichtenlosen Vermögenswerte übertragen und ihm alle sie betreffenden Unterlagen übergeben; seine Rechte und Pflichten gehen von Gesetzes wegen vollumfänglich auf den übernehmenden Finanzintermediär über.
- b. der Aufsichtsbehörde und der Nachrichtenstelle, der er angeschlossenen ist, die Beendigung seiner Geschäftstätigkeit und den übernehmenden Finanzintermediär nach Buchstabe a melden; die Nachrichtenstelle aktualisiert die bei ihr vorhandenen Daten.

² Hat die Aufsichtsbehörde die Übertragung nach Absatz 1 Buchstabe a angeordnet, so hat der übernehmende Finanzintermediär Anspruch auf eine angemessene Entschädigung.

Art. 18 Beendigung der Geschäftstätigkeit einer Versicherungseinrichtung;
Übertragung des Versicherungsbestandes

¹ Überträgt eine Versicherungseinrichtung gestützt auf eine von der Aufsichtsbehörde bewilligte vertragliche Vereinbarung seinen schweizerischen Versicherungsbestand ganz oder teilweise auf eine andere Versicherungseinrichtung, so gehen von Gesetzes wegen die zum übertragenen Bestand gehörenden nachrichtenlosen Vermögenswerte ebenfalls mit allen Rechten und Pflichten auf die übernehmende Versicherungseinrichtung über.

² Verfügt die Aufsichtsbehörde eine Bestandesübertragung, entzieht sie einer Versicherungseinrichtung die Bewilligung zum Betrieb der Lebensversicherung oder verzichtet eine Versicherungseinrichtung auf diese Bewilligung, so verfügt die Aufsichtsbehörde, wie mit den nachrichtenlosen Vermögenswerten zu verfahren ist. Rechte und Pflichten an den betreffenden nachrichtenlosen Vermögenswerten gehen von Gesetzes wegen auf die von der Aufsichtsbehörde bezeichnete Stelle über.

³ Die Aufsichtsbehörde:

- a. kann im Einzelfall eine von Absatz 1 abweichende Regelung verfügen.
- b. kann im Falle von Absatz 2 eine Versicherungseinrichtung verpflichten, einen Bestand an nachrichtenlosen Vermögenswerten zu übernehmen. Die übernehmende Versicherungseinrichtung hat Anspruch auf eine angemessene Entschädigung.
- c. informiert die Nachrichtenstelle über die Übertragung.

⁴ Die einen Bestand an nachrichtenlosen Vermögenswerten abgebende Versicherungseinrichtung übergibt der übernehmenden Versicherungseinrichtung zusammen mit den nachrichtenlosen Vermögenswerten alle sie betreffenden Unterlagen.

5. Abschnitt: Verwirkung und Ablieferung

Art. 19 Ablieferung der Vermögenswerte und Befreiung des Finanzintermediärs

¹ Dreissig Jahre nach Kontaktabbruch liquidiert der Finanzintermediär die nachrichtenlosen Vermögenswerte und liefert dem Bund den Nettoerlös ab. Die Liquidation wird nicht vollzogen, wenn ein Verfahren über die Zuweisung der Vermögenswerte vor einem Gericht hängig ist, es sei denn, dieses ist für den betreffenden Rechtsstreit offensichtlich unzuständig.

² Der Finanzintermediär kann vom Erlös die durch die Nachrichtenlosigkeit verursachten Kosten abziehen, soweit sie nicht bereits durch den Abzug von Spesen und Gebühren gedeckt sind.

³ Mit dieser Ablieferung erlöschen die Ansprüche aller Rechtsinhaber auf die liquidierten Vermögenswerte endgültig.

⁴ Der Finanzintermediär darf die Unterlagen über die liquidierten Vermögenswerte vernichten.

Art. 20 Aufteilung

¹ Die auf den Bund übertragenen Vermögenswerte fallen je zur Hälfte an den Bund und die Kantone.

² Die Kantone teilen untereinander ihren Anteil nach den gleichen Vorschriften wie die Verteilung ihres Anteils am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank.

6. Abschnitt: Besondere Vorschriften für unabhängige Vermögensverwalter

Art. 21 Nachforschungen

Der unabhängige Vermögensverwalter stellt die Nachforschungen nach Artikel 8 an. Der Depositär kann mitwirken.

Art. 22 Pflichten des unabhängigen Vermögensverwalters sowie des Depositärs bei erfolglosen Nachforschungen

¹ Sind die Nachforschungen erfolglos geblieben, spätestens aber zwei Jahre nach dem Kontaktabbruch, hat der unabhängige Vermögensverwalter:

- a. die Massnahmen nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstaben a – c und e zu ergreifen;
- b. die nachrichtenlosen Vermögenswerte nach den Vorschriften von Artikel 12 Absatz 1 erster Satz zu verwalten;
- c. den Depositär über das Datum und die Art des Kontaktabbruchs sowie die angestellten Nachforschungen zu informieren.

² Der Depositär ergreift die Massnahmen nach Artikel 10 Absatz 1, sobald er die Mitteilung des unabhängigen Vermögensverwalters im Sinne von Absatz 1 Buchstaben c erhalten hat.

³ Der unabhängige Vermögensverwalter und der Depositär informieren sich gegenseitig, wenn der Kontakt zum Kunden wieder hergestellt ist oder ein vermuteter Rechtsinhaber Ansprüche auf die nachrichtenlosen Vermögenswerte geltend macht.

Art. 23 Beendigung der Geschäftstätigkeit

¹ Bei Liquidation oder Beendigung der Geschäftstätigkeit aus einem anderen Grund muss der unabhängige Vermögensverwalter:

- a. seinen nachrichtenlose Vermögenswerte betreffenden Vermögensverwaltungsauftrag auf einen anderen, geeigneten unabhängigen Vermögensverwalter oder den Depositär übertragen, und diesem die dazugehörigen Unterlagen übergeben;
- b. dem Depositär die Beendigung seiner Geschäftstätigkeit und gegebenenfalls den übernehmenden unabhängigen Vermögensverwalter melden.

² Die Rechte und Pflichten des unabhängigen Vermögensverwalters gehen von Gesetzes wegen vollumfänglich auf den übernehmenden Finanzintermediär nach Absatz 1 Buchstabe a über.

7. Abschnitt: Inhaber fremder Vermögenswerte

Art. 24 Vermögensübertragung

¹ Personen nach Artikel 1 Absatz 4 (Inhaber), denen Vermögenswerte anvertraut wurden, sind berechtigt, mit einem Finanzintermediär nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a – e die Übertragung dieser Vermögenswerte zu vereinbaren, wenn:

- a. der Kontakt zum Rechtsinhaber seit mehr als 10 Jahren abgebrochen ist; und
- b. dieser Kontakt trotz im Verhältnis zum Vermögenswert angemessenen Nachforschungen nicht wieder hergestellt werden konnte.

² Der Inhaber der Vermögenswerte übergibt dem Finanzintermediär:

- a. die Verträge, die Unterlagen zur Identifikation des Kunden und der begünstigten Person, die gültigen Vollmachten, Vermögensaufstellungen und Vermögensauszüge;
- b. eine Erklärung, in der das Datum des Kontaktabbruchs und die Nachforschungen angegeben sind, die zur Wiederherstellung des Kontakts angestellt wurden.

Art. 25 Massgebliches Recht

¹ Der Finanzintermediär übernimmt die Pflichten des Inhabers gegenüber den Rechtsinhabern höchstens bis zum Betrag der Geldsumme oder der Vermögenswerte, die ihm übertragen werden. Er haftet weder für die Handlungen noch für die Unterlassungen des Inhabers.

² Diese Übertragung befreit den Inhaber von seinen Pflichten gegenüber dem Rechtsinhaber, sofern die Voraussetzungen nach Artikel 24 eingehalten wurden.

³ Die übernommenen Vermögenswerte unterstehen demselben massgeblichen Recht und denselben Verfahren wie die übrigen nachrichtenlosen Vermögenswerte des Finanzintermediärs, einschliesslich den Artikeln 8 – 20.

⁴ Der Finanzintermediär hat im Rahmen der für ihn geltenden Selbstregulierung Anspruch auf eine angemessene Entschädigung.

8. Abschnitt: Aufsichtsbehörde und Selbstregulierung

Art. 26 Aufsichtsbehörden

Für die Umsetzung dieses Gesetzes gilt für die Finanzintermediäre und ihre Nachrichtenstellen folgende Aufsichtsregelung:

- a. Banken, Effekthändler und Fondsleitungen unterstehen der Aufsicht der Eidgenössischen Bankenkommission.
- b. Versicherungseinrichtungen unterstehen der Aufsicht des Bundesamts für Privatversicherungen.
- c. die Schweizerische Post untersteht der Aufsicht der Selbstregulierungsorganisation der Post. Der Bundesrat regelt die Oberaufsicht über die Selbstregulierungsorganisation der Post.

Art. 27 Selbstregulierung

Die repräsentativen Berufsorganisationen der Finanzintermediäre nach Artikel 26 Buchstaben a und b und die Schweizerische Post unterbreiten der jeweiligen Aufsichtsbehörde einen Reglementsentwurf zur Genehmigung. Der Reglementsentwurf hat insbesondere den folgenden Inhalt:

- a. Konkretisierung der gesetzlichen Pflichten der Finanzintermediäre;
- b. Festlegung der Strukturen, des Verfahrens und der Finanzierung der Nachrichtenstelle;
- c. Bestimmung des genauen Inhalt der Meldungen an die Nachrichtenstellen;
- d. Festlegung der Methoden zur Berechnung und Überprüfung der Verwaltungskosten, welche die Finanzintermediäre nach Artikel 19 Absatz 2 vom Verwertungserlös abziehen können;

- e. gegebenenfalls die Möglichkeit zur Kollektivverwaltung nachrichtenloser Vermögenswerte und die Festlegung der dafür notwendigen Organisation, der Modalitäten und der Überwachung.

Art. 28 Aufsicht über die Finanzintermediäre

Die Aufsichtsbehörden wachen nach den spezialgesetzlichen Normen der prudentiellen Aufsicht darüber, dass die Finanzintermediäre ihre Pflichten aus diesem Gesetz und der Selbstregulierung einhalten.

Art. 29 Aufsicht über die Nachrichtenstellen

¹ Jede Nachrichtenstelle unterbreitet der Aufsichtsbehörde, der sie unterstellt ist, jährlich einen Geschäftsbericht und die revidierte Jahresrechnung.

² Die Aufsichtsbehörde trifft alle für den Vollzug dieses Gesetzes notwendigen Massnahmen. Sie kann von den Nachrichtenstellen alle sachdienlichen Auskünfte verlangen. Sie führt Prüfungen durch oder lässt sie durchführen.

Art. 30 Amtshilfe

¹ Die Aufsichtsbehörden nach Artikel 26 sprechen sich ab, um den Vollzug dieses Gesetzes untereinander abzustimmen und ungerechtfertigte Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien von Finanzintermediären und deren Kunden zu vermeiden.

² Sie können untereinander die Informationen austauschen, die für die Überwachung der Finanzintermediäre und der Nachrichtenstellen erforderlich sind.

Art. 31 Rechtsmittel

Das Aufsichtsverfahren und die Rechtsmittel gegen Verfügungen der Aufsichtsbehörden richten sich nach den Spezialgesetzen, die diese Behörden einsetzen.

9. Abschnitt: Haftung und Strafbestimmungen

Art. 32 Haftung

Die Finanzintermediäre und die Nachrichtenstellen haften gegenüber den Rechtsinhabern für die Nicht- oder Schlechterfüllung ihrer Pflichten aus diesem Gesetz und der Selbstregulierung nach den allgemeinen Haftungsbestimmungen.

Art. 33 Berufsgeheimnis der Nachrichtenstellen

¹ Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bis zu 50 000 Franken wird bestraft, wer in seiner Eigenschaft als Mitglied eines Organs, als Mitarbeitender, Auftragnehmer oder Liquidator einer Nachrichtenstelle vorsätzlich ein Geheimnis

verrät, das ihm anvertraut wurde oder von dem er im Rahmen seiner Tätigkeit Kenntnis erhalten hat.

² Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zu 30 000 Franken.

³ Die Verletzung des Berufsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des amtlichen oder dienstlichen Verhältnisses oder der Berufsausübung strafbar.

⁴ Vorbehalten bleiben die eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen über die Zeugnispflicht und über die Auskunftspflicht gegenüber einer Behörde.

⁵ Verfolgung und Beurteilung obliegen den Kantonen.

Art. 34 Erstattung und Bearbeitung von Meldungen

Der Finanzintermediär, eine Nachrichtenstelle, die Mitglieder ihrer Organe und ihre Angestellten, welche Meldungen nach diesem Gesetz erstatten oder bearbeiten, können weder strafrechtlich noch zivilrechtlich wegen Verletzung des Amts-, des Berufs- oder des Geschäftsgeheimnisses belangt werden, wenn sie nachweislich mit der von den Umständen geforderten Sorgfalt vorgegangen sind.

Art. 35 Strafbestimmungen für Finanzintermediäre

Mit Busse bis zu 200 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a. nachrichtenlose Vermögenswerte nicht als solche markiert (Art. 10 Abs. 1 Bst. a, Art. 22 Abs. 2 und Art. 39 Abs. 1);
- b. das Datum und die Art des Kontaktabbruchs sowie die angestellten Nachforschungen nicht registriert (Art. 10 Abs. 1 Bst. b, Art. 22 Abs. 2 und Art. 39 Abs. 1);
- c. der Nachrichtenstelle nachrichtenlose Vermögenswerte nicht meldet (Art. 10 Abs. 1 Bst. d, Art. 22 Abs. 2 und Art. 39 Abs. 1);
- d. Unterlagen nicht dauerhaft und zentralisiert aufbewahrt (Art. 10 Abs. 1 Bst. e und Art. 39 Abs. 1);

Art. 36 Strafbestimmungen für unabhängige Vermögensverwalter

Mit Busse bis zu 200 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a. den Depositär nicht unverzüglich über das Scheitern der Nachforschungen oder den Abbruch des Kontakts zum Kunden seit mehr als zwei Jahren informiert (Art. 22 Abs. 1 Bst. c);
- b. die bei erfolglosen Nachforschungen oder zwei Jahre nach dem Kontaktabbruch vorgeschriebenen Massnahmen nicht ergreift (Art. 22 Abs. 1 Bst. a und b).

Art. 37 Strafverfolgung und Verjährung

¹ Für Widerhandlungen im Sinne von Artikel 35 und 36 ist das Verwaltungsstrafrechtsgesetz anwendbar. Verfolgende und urteilende Behörde ist das Eidgenössische Finanzdepartement.

² Die Strafverfolgung verjährt in sieben Jahren.

10. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 38 Übergangsbestimmungen: Organisation

¹ Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes haben die repräsentativen Berufsorganisationen der Finanzintermediären und die Schweizerische Post der zuständigen Aufsichtsbehörde die Reglementsentwürfe nach Artikel 27 zur Genehmigung zu unterbreiten. Kommt eine Berufsorganisation dieser Pflicht nicht nach, so erlässt die Aufsichtsbehörde an ihrer Stelle die notwendigen Reglemente.

² Innerhalb von 6 Monaten nach Genehmigung der Reglemente durch die Aufsichtsbehörde haben sich die Finanzintermediäre der durch die Selbstregulierung bezeichneten Nachrichtenstelle anzuschliessen.

³ Innerhalb eines Jahres nach Genehmigung der Reglemente durch die Aufsichtsbehörde haben die Finanzintermediäre der Nachrichtenstelle die nachrichtenlosen Vermögenswerte im Sinne von Artikel 39 Absatz 1 zu melden, sofern diese nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe d meldepflichtig sind.

Art. 39 Übergangsbestimmungen: Nachrichtenlose Vermögenswerte

¹ Diesem Gesetz unterstehen alle bei dessen Inkrafttreten bestehenden nachrichtenlosen Vermögenswerte. Ausgenommen sind die Vermögenswerte, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nach bisherigem Recht bereits verjährt sind. Der Finanzintermediär trifft die Massnahmen nach Artikel 10.

² Die nachrichtenlosen Vermögenswerte, bei denen der Kontakt zum Kunden bei Inkrafttreten dieses Gesetzes seit weniger als zehn Jahren abgebrochen ist, unterstehen der Nachforschungspflicht nach Artikel 8 und 9; davon ausgenommen sind Vermögenswerte, für die solche Nachforschungen bereits angestellt wurden und dokumentiert sind.

³ Die nachrichtenlosen Vermögenswerte, bei denen der Kontakt zum Kunden bei Inkrafttreten dieses Gesetzes seit mehr als zehn Jahren abgebrochen ist, sind von der Nachforschungspflicht nach Artikel 8 und 9 ausgenommen.

⁴ Die nachrichtenlosen Vermögenswerte, bei denen der Kontakt zum Kunden bei Inkrafttreten dieses Gesetzes seit mehr als 30 Jahren abgebrochen ist und die der Meldepflicht nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe d unterstehen, sind fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu liquidieren und ihr Erlös ist dem Bund abzuliefern. Unterstehen sie dieser Meldepflicht nicht, so haben die Liquidation und die Ablieferung des Erlöses an den Bund innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erfolgen.

⁵ Zur Erfüllung ihrer Pflichten nach diesem Artikel ermitteln die Finanzintermediäre im Rahmen der beim Inkrafttreten dieses Gesetzes zur Verfügung stehenden Dossiers das Jahr, in dem der Kontakt zum Kunden abgebrochen ist.

⁶ Ist aufgrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht ersichtlich, wann der Kontakt zum Kunden effektiv abgebrochen ist, bestimmt der Finanzintermediär aufgrund der ihm vorliegenden Anhaltspunkte das mutmassliche Datum des Kontaktabbruchs.

⁷ Für die Vermögenswerte, die Gegenstand eines Verfahrens im Zusammenhang mit dem New Yorker Bankenvergleich vom 26. Januar 1999 sind, wird die Anwendung des Gesetzes bis zu dessen Abschluss aufgeschoben.

Art. 40 Änderung bisherigen Rechts

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

1. Versicherungsvertragsgesetz vom 2. April 1908¹⁰:

Art. 46, Abs. 1, dritter Satz

¹ Bei kapitalbildenden Lebensversicherungen beginnt die Verjährungsfrist für den Anspruch auf das noch nicht ausbezahlte Erlebens- oder Todesfallkapital am Tage des vereinbarten Ablaufes des Vertrages.

2. Entwurf Versicherungsaufsichtsgesetz¹¹:

Art. 60, Abs. 2, zweiter Satz

² Das Bundesgesetz vom ... über nachrichtenlose Vermögenswerte (BGNV) ist vorbehalten.

Art. 41 Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

¹⁰ SR 221.229.1

¹¹ SR 961.01 (BBl 2003 3894)

Loi fédérale sur les avoirs non réclamés (LANR)

Projet de la commission d'experts de juin 2004

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu les art. 95 al. 1, 98 et 122 de la constitution fédérale¹,
vu le message du Conseil fédéral du ...
arrête:

Section 1: Champ d'application et principes

Art. 1 Champ d'application

¹ Cette loi s'applique aux intermédiaires financiers suivants:

- a. les banques au sens de la loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne²;
- b. les négociants en valeurs mobilières au sens de la loi fédérale du 24 mars 1995 sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières³;
- c. les directions de fonds de placement au sens de la loi fédérale du 18 mars 1994 sur les fonds de placement⁴, dans la mesure où elles tiennent elles-mêmes des comptes de parts;
- d. les institutions d'assurance selon la loi fédérale du 23 juin 1978 sur la surveillance des institutions d'assurance privées⁵ qui exercent une activité en matière d'assurance directe sur la vie, en ce qui concerne les polices d'assurance-vie constituant un capital;
- e. les prestations de services financiers de La Poste Suisse, établissement autonome de droit public institué par la loi fédérale du 30 avril 1997 sur l'organisation de l'entreprise fédérale de la poste⁶;
- f. les gérants de fortune indépendants (gérants indépendants) qui, en tant qu'intermédiaires financiers assujettis à la loi fédérale du 10 octobre 1997 concernant la lutte contre le blanchiment d'argent dans le secteur financier⁷, gèrent sur la base d'une procuration les avoirs de leurs clients déposés au nom de ceux-ci auprès d'un autre intermédiaire financier (dépositaire).

RS

- 1 RS 101
- 2 RS 952.0
- 3 RS 954.1
- 4 RS 951.31
- 5 RS 961.01
- 6 RS 783.1
- 7 RS 955.0

² Sont exclus du champ d'application de la présente loi les prestations et les avoirs qui sont soumis à la loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité⁸ ou à la loi fédérale du 17 décembre 1993 sur le libre passage dans la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité⁹.

³ Les sections 3, 5 et 8 de la présente loi ne s'appliquent pas aux gérants indépendants. Au surplus, ceux-ci sont soumis à la présente loi à moins d'une disposition contraire de la section 6.

⁴ La section 7 de cette loi s'applique à toute personne physique ou morale établie en Suisse qui n'est pas un intermédiaire financier au sens du premier al. et à laquelle des avoirs appartenant à des tiers ont été confiés.

Art. 2 Avoir non réclamé

Une valeur patrimoniale est considérée comme non réclamée (avoir non réclamé) lorsque le contact avec le client est perdu (art. 6 et 7) et les recherches de l'intermédiaire financier exigées par la loi (art. 8 et 9) ont échoué, mais au plus tard deux ans après la perte de contact.

Art. 3 Autres définitions

Au sens de la présente loi, on entend par:

- a. client: toute personne physique ou morale qui a conclu avec un intermédiaire financier un contrat tendant à gérer ou détenir des avoirs financiers en sa faveur ou en celle d'un tiers;
- b. bénéficiaire: toute autre personne identifiée ou identifiable à qui le contrat ou un acte juridique ultérieur confère des droits sur les avoirs;
- c. représentant: toute personne qui, en vertu de la loi ou d'une procuration portée à la connaissance de l'intermédiaire financier, est autorisée à recevoir ou à émettre des déclarations de volonté pour le compte du client;
- d. ayant droit: toute personne qui, en tant que client, bénéficiaire ou successeur à titre singulier ou universel du client ou du bénéficiaire, a des droits sur les avoirs;
- e. dépositaire: tout intermédiaire financier à qui un client a confié des valeurs patrimoniales gérées par un gérant de fortune indépendant sur la base d'une procuration (art. 1 al. 1 let. f).

Art. 4 Application dans l'espace

¹ La présente loi s'applique aux avoirs qui sont l'objet de contrats conclus entre un client et l'établissement en Suisse d'un intermédiaire financier au sens de l'art. 1 al. 1, let. a à e.

⁸ RS 831.40

⁹ RS 831.42

² L'al. 1 s'applique indépendamment du lieu où les valeurs patrimoniales sont conservées et du droit applicable selon les règles du droit international privé.

Section 2: Maintien, perte et reprise du contact avec le client

Art. 5 Mesures préventives

¹ Dans leur organisation et dans leurs procédures de travail, les intermédiaires financiers prennent des mesures raisonnables pour:

- a. éviter la perte de contact avec le client;
- b. assurer la conservation des documents nécessaires;
- c. prouver le respect des obligations légales.

² Les contrats et les procurations en vigueur ainsi que les documents relatifs à l'identification du client et du bénéficiaire sont conservés aussi longtemps que les avoirs auxquels ils se rapportent n'ont pas été remis à l'ayant droit ou à la Confédération.

³ Les documents mentionnés à l'al. 2 peuvent être tenus et conservés par écrit, par un moyen électronique ou par un moyen comparable, pour autant que la conformité avec la transaction de base soit garantie et qu'ils puissent être rendus lisibles en tout temps. Ils ont dans ce cas la même force probante que des documents lisibles sans l'aide d'instruments.

Art. 6 Perte de contact

¹ Le contact entre l'intermédiaire financier et son client est réputé perdu:

- a. lorsqu'une communication adressée au client ou à son représentant relativement à des avoirs du client est retournée à son expéditeur; ou
- b. lorsque l'intermédiaire financier n'a pas reçu de nouvelle de son client depuis cinq ans.

² Est une nouvelle toute communication orale, écrite ou électronique qui émane de façon reconnaissable du client ou de son représentant et qui est documentée de manière circonstanciée dans les dossiers de l'intermédiaire financier ou fait l'objet d'une pièce signée par le client ou son représentant.

Art. 7 Perte de contact dans les rapports d'assurance

¹ Pendant la durée du contrat, l'institution d'assurance maintient le contact avec le client dans la mesure où cela est nécessaire à l'exécution du contrat.

² Lorsqu'une communication adressée au client est retournée à son expéditeur, l'institution d'assurance prend des mesures appropriées pour rétablir le contact.

³ Lorsque l'assureur ne peut pas identifier l'ayant droit au moment où il apprend que l'événement assuré s'est réalisé ou lorsque la police expire, il entreprend les recherches appropriées conformément à l'art. 8.

Art. 8 Recherches par l'intermédiaire financier

¹ En cas de perte de contact, l'intermédiaire financier cherche à le rétablir en effectuant des recherches dans une mesure proportionnée à la valeur des avoirs. Il tient compte des intérêts présumables des ayants droits.

² Les coûts des recherches conformes à l'al. 1 peuvent être portés au débit des avoirs

Art. 9 Renonciation aux recherches

¹ Sauf dans les rapports d'assurance, le client peut, par une instruction spéciale, dispenser l'intermédiaire financier de procéder à des recherches selon l'art. 8.

² L'intermédiaire financier doit informer le client des conséquences de cette renonciation au regard de la présente loi.

³ La renonciation du client peut être déclarée pour une durée n'excédant pas dix ans.

Art. 10 Devoirs de l'intermédiaire financier en cas de recherches infructueuses

¹ Lorsque des recherches ne sont pas requises ou lorsqu'elles ont échoué, et au plus tard deux ans après la perte de contact, l'intermédiaire financier prend les mesures suivantes:

- a. il désigne comme tels les avoirs non réclamés;
- b. il enregistre la date à laquelle le contact est réputé perdu, le type de perte de contact et les mesures de recherche entreprises;
- c. il protège les avoirs non réclamés par des mesures appropriées contre une mainmise illégitime;
- d. il annonce à la centrale de recherche à laquelle il est affilié les avoirs dont la valeur est supérieure à 100 francs ou ne peut être estimée;
- e. il assure la conservation durable et centralisée des documents suivants:
 1. des contrats et des procurations en vigueur,
 2. des documents relatifs à l'identification du client et du bénéficiaire,
 3. des relevés des avoirs et des extraits de comptes, respectivement des quittances de virement sur un compte collectif.

² L'autoréglementation peut prévoir que les avoirs non réclamés sont annoncés à la centrale de recherche indépendamment de leur valeur.

Art. 11 Annonces à la centrale de recherche

¹ L'annonce des avoirs non réclamés à la centrale de recherche comprend au minimum:

- a. l'identité du ou des clients, des bénéficiaires et des représentants connus de l'intermédiaire financier;
- b. la nature des avoirs;

c. la date de la perte de contact.

² Lorsque le contact avec les ayants droit est rétabli, l'intermédiaire en informe la centrale de recherche.

Art. 12 Gestion des avoirs non réclamés

¹ Les avoirs non réclamés sont gérés dans l'intérêt présumable des ayants droit. Les principes de cette gestion sont fixés par voie d'autoréglementation.

² L'institution d'assurance verse sur les avoirs non réclamés un intérêt au taux garanti pour les nouvelles polices.

Art. 13 Prescription

¹ Les avoirs non réclamés annoncés à la centrale de recherche sont soustraits aux règles ordinaires sur la prescription. Les prétentions relatives à ces avoirs se périment conformément à l'art. 19 al. 3.

² La même chose vaut pour les avoirs non réclamés qui ne doivent pas être annoncés à la centrale de recherche aussitôt que l'intermédiaire financier les a désignés comme tels conformément à l'art. 10 al. 1 let. a.

³ Un nouveau délai de prescription commence à courir lorsque le contact est rétabli avec un ayant droit.

Section 3: Recherche par les ayants droit

Art. 14 Centrales de recherche

¹ Les intermédiaires financiers de chaque catégorie énumérée à l'art. 1 al. 1 let. a à e créent, par voie d'autoréglementation, une centrale de recherche dotée de la personnalité juridique à laquelle ils transmettent les communications exigées par la présente loi. Ils peuvent aussi désigner une centrale de recherche existante avec son accord.

² Celui qui est assujéti à la présente loi doit être affilié à la centrale de recherche dont il relève. La centrale de recherche affilié tous les intermédiaires financiers pour lesquels elle est compétente.

³ Les personnes chargées d'accomplir les tâches de la centrale de recherche sont habilitées à traiter et à faire traiter les données personnelles, y compris les données sensibles et les profils de la personnalité, qui leur sont nécessaire pour accomplir les tâches qui leur sont confiées.

⁴ Les centrales de recherche coopèrent entre elles afin de faciliter les recherches des ayants droit.

Art. 15 Droit aux renseignements

Celui qui établit sa qualité d'ayant droit peut demander à la centrale de recherche si des avoirs sur lesquels il fait valoir une prétention lui ont été annoncés.

Art. 16 Procédure

¹ La centrale de recherche examine la légitimation du requérant sur la base des pièces jointes à la requête. Elle peut l'inviter à compléter sa requête.

² Lorsque la centrale de recherche identifie une ou plusieurs concordances entre la requête et des avoirs qui lui ont été annoncés, elle consulte les intermédiaires financiers concernés.

³ Lorsque l'identité du requérant ou de la personne dont il déduit sa prétention coïncide avec celle qui résulte des dossiers de l'intermédiaire financier, la centrale de recherche indique au requérant l'intermédiaire financier auprès duquel il peut faire valoir sa prétention.

⁴ La décision de la centrale de recherche ne préjuge pas du sort d'un examen judiciaire des prétentions du requérant.

⁵ La centrale de recherche peut demander un émolument couvrant ses frais pour le traitement de la requête.

Section 4: Cessation d'activité d'un intermédiaire financier

Art. 17 Cessation d'activité d'un intermédiaire financier

¹ Lorsqu'il entre en liquidation ou que, pour toute autre raison, il cesse l'activité assujettie, l'intermédiaire financier est tenu:

- a. de transmettre à un autre intermédiaire affilié à la même centrale de recherche les avoirs non réclamés et toute la documentation y relative; le nouvel intermédiaire succède intégralement aux droits et aux obligations de celui qui cesse ses activités;
- b. d'annoncer la cessation de son activité et l'intermédiaire financier visé à la let. a à l'autorité de surveillance ainsi qu'à la centrale de recherche à laquelle il est affilié, laquelle met à jour les données relatives aux avoirs non réclamés annoncés par cet intermédiaire; la centrale de recherches met à jour les données en sa possession.

² Lorsque l'autorité de surveillance a ordonné la transmission des avoirs non réclamés au sens de l'al. 1, l'intermédiaire financier qui les reprend a droit à une rémunération équitable.

Art. 18 Cessation d'activité d'une institution d'assurance; transfert de portefeuille

¹ Si une institution d'assurance transfère tout ou partie de son portefeuille suisse d'assurances à une autre institution d'assurance en vertu d'une convention

approuvée par l'autorité de surveillance, les avoirs non réclamés appartenant à ce portefeuille et tous les droits et obligations en résultant sont transmis de par la loi à l'institution d'assurance reprenante.

² Lorsque l'autorité de surveillance décide un transfert de portefeuille ou retire l'autorisation d'exercer l'assurance-vie, ou lorsqu'une institution d'assurance renonce à cette autorisation, l'autorité de surveillance règle le sort des avoirs non réclamés. Les droits et les obligations relatifs aux avoirs non réclamés sont transférés de par la loi à l'institution d'assurance reprenante désignée par l'autorité de surveillance.

³ L'autorité de surveillance:

- a. peut déroger à l'al. 1 dans un cas particulier;
- b. peut désigner une institution d'assurance pour la reprise d'un portefeuille d'avoirs non réclamés dans les cas visés à l'al. 2; l'institution reprenante a droit à une rémunération équitable;
- c. informe la centrale de recherche du transfert.

⁴ L'institution d'assurance dont les avoirs non réclamés sont transférés doit remettre à l'institution d'assurance reprenante tous les documents relatifs aux avoirs non réclamés qu'elle reprend.

Section 5: Péremption et dévolution

Art. 19 Transfert des avoirs non réclamés et libération de l'intermédiaire financier

¹ Trente ans après la date à laquelle le contact est réputé perdu, l'intermédiaire financier liquide les avoirs non réclamés et remet le produit net à la Confédération. La liquidation est suspendue si un contentieux relatif à l'attribution des avoirs est pendant devant un tribunal, à moins que l'incompétence de ce tribunal pour connaître du litige ne soit évidente.

² L'intermédiaire financier peut imputer sur le produit de liquidation la part des coûts relatifs aux avoirs non réclamés qui n'a pas été couverte par les frais et émoluments déjà prélevés.

³ Ce transfert entraîne l'extinction définitive des prétentions de tous les ayants droit sur les avoirs liquidés.

⁴ L'intermédiaire peut détruire les documents relatifs aux avoirs liquidés.

Art. 20 Répartition

¹ Les avoirs remis à la Confédération sont partagés par moitié entre la Confédération et les cantons.

² La part des cantons est répartie selon les dispositions qui régissent leur participation au bénéfice net de la Banque nationale suisse.

Section 6: Gérants indépendants

Art. 21 Recherches

Le gérant indépendant entreprend les recherches prescrites par l'art. 8. Le dépositaire peut collaborer.

Art. 22 Devoirs du gérant indépendant et du dépositaire en cas de recherches infructueuses

¹ Lorsque les recherches ont échoué, et au plus tard deux ans après la perte de contact, le gérant indépendant:

- a. prend les mesures prévues à l'art. 10 al. 1 let. a à c et e;
- b. gère les avoirs non réclamés conformément à l'art. 12 al. 1, 1ère phrase;
- c. informe le dépositaire de la date et du type de perte de contact, ainsi que des mesures de recherche entreprises.

² Dès qu'il reçoit l'avis prévu à l'al. 1 let. c, le dépositaire prend les mesures prévues à l'art. 10 al. 1.

³ Le gérant indépendant et le dépositaire s'informent réciproquement lorsque le contact est rétabli ou lorsqu'un ayant droit présumé fait valoir des prétentions sur les avoirs non réclamés.

Art. 23 Cessation d'activité

¹ En cas de liquidation ou de cessation de son activité pour tout autre motif, le gérant indépendant doit:

- a. transférer son mandat de gestion relatif aux avoirs non réclamés à un autre gérant indépendant qualifié ou au dépositaire ainsi que les documents qui s'y rapportent;
- b. annoncer au dépositaire la cessation de son activité et, le cas échéant, le gérant indépendant qui reprend le mandat.

² Les droits et devoirs du gérant indépendant passent en vertu de la loi à l'intermédiaire financier qui reprend le mandat au sens de l'alinéa 1 lettre a.

Section 7: Détenteurs d'avoirs de tiers

Art. 24 Transfert des avoirs

¹ Toute personne au sens de l'art. 1 al. 4 à qui des valeurs patrimoniales ont été confiées (détenteur) peut convenir avec un intermédiaire financier visé à l'art. 1 al. 1 let. a à e que celui-ci reprend les avoirs si:

- a. le détenteur a perdu le contact avec l'ayant droit depuis plus de dix ans; et

- b. il n'a pas pu le rétablir malgré des recherches effectuées dans une mesure proportionnée à la valeur des avoirs.

² Le détenteur remet à l'intermédiaire financier:

- a. les contrats, les documents relatifs à l'identification du client et du bénéficiaire, les procurations en vigueur, les relevés des avoirs et extraits de comptes;
- b. une déclaration indiquant la date de la perte de contact et les mesures de recherche entreprises pour le rétablir.

Art. 25 Régime juridique

¹ L'intermédiaire financier reprend les obligations du détenteur envers les ayants droits à concurrence de la somme d'argent ou des valeurs qui lui sont remises. Il ne répond ni des actes ni des omissions du détenteur.

² Cette reprise libère le détenteur si les conditions posées par l'art. 24 sont réalisées.

³ Les avoirs repris sont soumis au même régime juridique et aux mêmes procédures que les autres avoirs non réclamés de l'intermédiaire financier, en ce compris les art. 8 à 20.

⁴ L'intermédiaire financier a droit à une rémunération équitable dans la mesure fixée par l'autoréglementation qui lui est applicable.

Section 8: Autorités de surveillance et autoréglementation

Art. 26 Autorités de surveillance

Dans la mise en œuvre de la présente loi, les intermédiaires financiers et leurs centrales de recherche sont soumis à la surveillance de:

- a. la Commission fédérale des banques pour les banques, les négociants en valeurs mobilières et les directions de fonds de placement;
- b. l'Office fédéral des assurances privées pour les institutions d'assurance privées;
- c. l'organisme d'autorégulation de la Poste pour la Poste Suisse; le Conseil fédéral règle la haute surveillance sur l'organisme d'autorégulation de la Poste.

Art. 27 Autoréglementation

Les organisations professionnelles représentatives des intermédiaires financiers visés à l'art. 26 let. a et b ainsi que la Poste Suisse soumettent à l'approbation de leurs autorités de surveillance respectives un projet de règlement qui, notamment:

- a. concrétise les obligations des intermédiaires financiers selon la présente loi;

- b. fixe les structures, les procédures et le financement de la centrale de recherche;
- c. détermine le contenu précis des annonces faites à la centrale de recherche;
- d. fixe les méthodes de calcul et de vérification des coûts d'administration que les intermédiaires financiers peuvent imputer sur le produit de liquidation conformément à l'art. 19 al. 2;
- e. le cas échéant, prévoit la gestion collective des avoirs non réclamés et en fixe l'organisation, les modalités et la surveillance.

Art. 28 Surveillance des intermédiaires financiers

Dans le cadre des règles de surveillance prudentielle qui leur sont applicables, les autorités de surveillance veillent à ce que les intermédiaires financiers se conforment aux obligations relatives aux avoirs non réclamés.

Art. 29 Surveillance des centrales de recherche

¹ Chaque centrale de recherche soumet son rapport d'activité annuel et ses comptes révisés à l'autorité de surveillance dont elle relève.

² L'autorité de surveillance prend toutes les mesures nécessaires à la bonne exécution de la présente loi. Elle peut exiger de la centrale de recherche toute information utile. Elle effectue ou fait effectuer des contrôles.

Art. 30 Entraide administrative

¹ Les autorités de surveillance selon l'art. 26 se concertent afin d'assurer une application harmonieuse de la loi et d'éviter des disparités injustifiées entre les catégories d'intermédiaires financiers et entre leurs clients.

² Elles peuvent échanger entre elles les informations utiles à la surveillance des intermédiaires financiers et des centrales de recherche.

Art. 31 Voies de droit

La procédure des autorités de surveillance et les voies de recours contre leurs décisions sont régies par les lois spéciales qui les instituent.

Section 9: Responsabilité et dispositions pénales

Art. 32 Responsabilité civile

Les intermédiaires financiers et les centrales de recherche répondent conformément aux règles du Code des obligations envers les ayants droit de l'inexécution ou de la mauvaise exécution de leurs obligations relatives aux avoirs non réclamés.

Art. 33 Secret professionnel des centrales de recherche

¹ Quiconque, en qualité de membre d'un organe, d'employé, de mandataire ou de liquidateur d'une centrale de recherche aura intentionnellement révélé un secret à lui confié ou dont il avait eu connaissance dans le cadre de son activité sera puni de l'emprisonnement pour six mois au plus ou de l'amende jusqu'à concurrence de 50 000 francs.

² Si le délinquant a agi par négligence, la peine sera l'amende jusqu'à concurrence de 30 000 francs.

³ La violation du secret demeure punissable alors même que la charge ou l'emploi a pris fin ou que le détenteur du secret n'exerce plus sa profession.

⁴ Sont réservées les dispositions de la législation fédérale et cantonale statuant l'obligation de renseigner l'autorité et de témoigner en justice.

⁵ La poursuite et le jugement incombent aux cantons.

Art. 34 Communications

L'intermédiaire financier, la centrale de recherche, les membres de leurs organes et leurs employés qui font ou traitent une communication prévue par la présente loi ne peuvent être poursuivis ni pénalement ni civilement pour violation du secret de fonction, du secret professionnel ou du secret d'affaires lorsqu'ils ont fait preuve de la diligence requise par les circonstances.

Art. 35 Autres sanctions pénales

Sera puni d'une amende de 200 000 francs au plus celui qui, intentionnellement ou par négligence:

- a. n'aura pas désigné comme tels les avoirs non réclamés (art. 10 al. 1 let. a, art. 22 al. 2 et art. 39 al. 1);
- b. n'aura pas enregistré la date ou le type de perte de contact et les mesures de recherche entreprises (art. 10 al. 1 let. b, art. 22 al. 2 et art. 39 al. 1);
- c. n'aura pas annoncé les avoirs non réclamés à la centrale de recherche (art. 10 al. 1 let. d, art. 22 al. 2 et art. 39 al. 1);
- d. n'aura pas assuré la conservation durable et centralisée des documents (art. 10 al. 1 let. e et 39 al. 1);

Art. 36 Sanctions pénales pour les gérants de fortune

Sera puni d'une amende de 200 000 francs au plus celui qui, intentionnellement ou par négligence:

- a. n'aura pas informé le dépositaire sans retard de l'échec des recherches ou de la perte de contact depuis plus deux ans avec le client (art. 22 al. 1 let. c);
- b. n'aura pas pris les mesures prescrites en cas d'échec des recherches ou à l'échéance d'un délai de deux ans après la perte de contact (art. 22 al. 1 let. a et b);

Art. 37 Poursuite pénale et prescription

¹ La loi fédérale du 22 mars 1974 sur le droit pénal administratif est applicable aux infractions visées aux art. 46 et 36. Le Département fédéral des finances est chargé de la poursuite et du jugement.

² L'action pénale se prescrit par sept ans.

Section 10: Dispositions finales

Art. 38 Droit transitoire: organisation

¹ Les organisations professionnelles représentatives des intermédiaires financiers et la Poste suisse présentent à l'autorité de surveillance compétente les projets de règlement visés à l'art. 27 dans l'année qui suit l'entrée en vigueur de la loi en vue de leur approbation. À défaut, l'autorité de surveillance adopte les règlements nécessaires.

² Tout intermédiaire financier est tenu de s'affilier à la centrale de recherche désignée par l'autoréglementation qui lui est applicable dans un délai de 6 mois depuis l'approbation de cette autoréglementation par l'autorité de surveillance.

³ Les intermédiaires financiers annoncent à la centrale de recherche les avoirs non réclamés visés à l'art. 39 al. 1 dans la mesure où ces avoirs sont soumis à l'annonce obligatoire au sens de l'art. 10 al. 1 let. d.

Art. 39 Droit transitoire: avoirs non réclamés

¹ La présente loi s'applique à tous les avoirs non réclamés existant au jour de son entrée en vigueur, à l'exception de ceux dont la prescription est déjà acquise selon les règles applicables avant son entrée en vigueur. L'intermédiaire financier prend les mesures prescrites à l'art. 10.

² Les avoirs non réclamés pour lesquels la perte de contact remonte à moins de dix ans depuis l'entrée en vigueur de cette loi donnent lieu à des recherches selon les art. 8 et 9, à moins que de telles recherches aient déjà été exécutées et documentées.

³ Les avoirs non réclamés pour lesquels la perte de contact remonte à plus de dix ans depuis l'entrée en vigueur de la loi ne donnent pas lieu à des recherches selon les art. 8 et 9.

⁴ Les avoirs non réclamés pour lesquels la perte de contact remonte à plus de trente ans et qui sont soumis à l'obligation d'annonce selon l'art. 10 al. 1 let. d sont réalisés et leur produit remis à la Confédération cinq ans après l'entrée en vigueur de la loi. Lorsqu'ils ne sont pas soumis à l'obligation d'annonce, ils sont réalisés et leur produit remis à la Confédération dans l'année qui suit l'entrée en vigueur de la loi.

⁵ Aux fins du présent art., les intermédiaires financiers établissent la date de la perte de contact à l'année près d'après les dossiers à leur disposition.

⁶ Lorsqu'il n'est pas possible d'établir la date effective de la perte de contact sur la base des dossiers disponibles, l'intermédiaire financier détermine la date probable de la perte de contact sur la base des éléments qui lui sont connus.

⁷ Pour les valeurs patrimoniales qui sont l'objet d'une procédure en rapport avec l'accord transactionnel conclu à New York par des banques suisses le 26 janvier 1999, l'entrée en vigueur de la loi est différée jusqu'à la conclusion de cette procédure.

Art. 40 Modifications du droit en vigueur

Les lois mentionnées ci-après sont modifiées comme suit:

1. Loi fédérale du 2 avril 1908 sur le contrat d'assurance¹⁰:

Art. 46, al. 1, troisième phrase

¹ Pour les assurances-vie constituant un capital, la créance relative au capital dû en cas de décès ou de survie se prescrit, si elle n'est pas déjà payée, depuis le terme convenu dans la police.

2. Projet loi fédérale sur la surveillance des assurances¹¹:

Art. 60, al. 2, deuxième phrase

² La loi fédérale du ... sur les avoirs non réclamés (LANR) est réservée.

Art. 41 Référendum et entrée en vigueur

¹ La présente loi est sujette au référendum facultatif.

² Le Conseil fédéral fixe l'entrée en vigueur.

¹⁰ RS 221.229.1

¹¹ RS 961.01 (FF 3457)